

Bundesgesetzblatt

637

Teil I

1960	Ausgegeben zu Bonn am 6. August 1960	Nr. 43
------	--------------------------------------	--------

Tag	Inhalt:	Seite
30. 7. 60	Gesetz zur Einführung von Vorschriften des Lastenausgleichsrechts im Saarland (LA-EG-Saar)	637
	Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger	647

Gesetz zur Einführung von Vorschriften des Lastenausgleichsrechts im Saarland (LA-EG-Saar)

Vom 30. Juli 1960

Inhaltsübersicht

	§§		§§
ERSTER ABSCHNITT			
Grundsätze und Begriffsbestimmungen			
Grundsatz	1	Hausratentschädigung	18
Ausgleichsleistungen	2	Ausgleichsämtler	19
Beiträge der öffentlichen Haushalte an den Ausgleichsfonds	3	Sondervorschriften für die Verwendung von Mitteln	20
Begriffsbestimmungen	4	Wiederaufnahme von Verfahren über Leistungen nach saarländischen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften	21
Währungsstichtag	5	Erstattung und Verrechnung von Leistungen nach saarländischen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften	22
ZWEITER ABSCHNITT			
Schadensfeststellung			
Nichtberücksichtigung saarländischer Vorauszahlungen	6	Ausschließung von Ausgleichsleistungen	23
Feststellung von Hausratverlusten	7	Umrechnung von Franken in Deutsche Mark	24
Schadensberechnung bei Kriegssachschäden an land- und forstwirtschaftlichem Vermögen, Grundvermögen und Betriebsvermögen im Saarland	8	Ausschluß der Entschädigungsberechtigung nach dem Währungsausgleichsgesetz	25
Schadensberechnung bei Sparschäden	9	Anwendung von Vorschriften des Altspargesetzes	26
Frühere Feststellungen	10	Zweiter Titel	
DRITTER ABSCHNITT			
Ausgleichsleistungen			
Erster Titel			
Ergänzende Vorschriften zu den einzelnen Ausgleichsleistungen			
Kürzung des Grundbetrags der Hauptentschädigung	11	Übergangsvorschriften	
Anrechnung saarländischer Vorauszahlungen auf die Hauptentschädigung	12	Überleitung der saarländischen Unterhaltshilfe	27
Verhältnis von saarländischen Aufbaudarlehen zur Hauptentschädigung	13	Übergangsregelung bei der Kriegsschadenrente	28
Berücksichtigung von Einkünften bei der Kriegsschadenrente	14	Überleitung der Behördenorganisation im Saarland	29
Verhältnis der saarländischen Unterhaltshilfe zur Hauptentschädigung	15	Überleitung anhängiger Verfahren	30
Erstattung saarländischer Unterhaltshilfe	16	Überleitung saarländischer Mittel auf den Ausgleichsfonds	31
Verhältnis der Kriegsschadenrente zu saarländischen Aufbaudarlehen	17	Überleitung nach saarländischem Recht begründeter Verpflichtungen auf den Ausgleichsfonds	32
		Verwaltungskosten	33
VIERTER ABSCHNITT			
Sonstige und Schlußvorschriften			
		Anderung des Lastenausgleichsgesetzes	34
		Anderung des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes ..	35
		Anderung des Länderfinanzausgleichsgesetzes 1958 ..	35
		Erlaß von Rechtsverordnungen	37
		Aufhebung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften ..	38
		Anwendung in Berlin	39
		Inkrafttreten	40

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

ERSTER ABSCHNITT

Grundsätze und Begriffsbestimmungen

§ 1

Grundsatz

(1) Die Vorschriften

1. des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446),
2. des Feststellungsgesetzes in der Fassung vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 534),
3. des Gesetzes über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Verriebener in der Fassung vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 546)

jeweils in der Fassung der dazu ergangenen Änderungsgesetze gelten, soweit sich nicht aus diesem Gesetz etwas anderes ergibt, auch im Saarland. Das Altsparengesetz in der Fassung vom 1. April 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 169) gilt im Saarland nach Maßgabe des § 26.

(2) Soweit Vorschriften des Dritten Teils des Lastenausgleichsgesetzes und Vorschriften der in Absatz 1 Nr. 2 und 3 bezeichneten Gesetze auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes bezogen sind, umfaßt diese Bezugnahme auch das Saarland.

(3) Die Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes über die Ausgleichsabgaben gelten im Saarland nur nach Maßgabe des § 106 Abs. 2 des Gesetzes über die Einführung des deutschen Rechts auf dem Gebiet der Steuern, Zölle und Finanzmonopole im Saarland vom 30. Juni 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 339); § 106 Abs. 1 des vorbezeichneten Gesetzes, wonach in den dort bezeichneten Fällen Bezugnahmen im Zweiten Teil des Lastenausgleichsgesetzes auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes auch das Saarland umfassen, bleibt unberührt.

§ 2

Ausgleichsleistungen

Als Ausgleichsleistungen werden gewährt:

1. Hauptentschädigung (§§ 243 bis 252 LAG),
2. Eingliederungsdarlehen (§§ 253 bis 260 LAG),
3. Kriegsschadenrente (§§ 261 bis 292 LAG),
4. Hausratentschädigung (§§ 293 bis 297 LAG) nach Maßgabe des § 18,
5. Wohnraumhilfe (§§ 298 bis 300 LAG),
6. Leistungen aus dem Härtefonds (§§ 301, 301 a LAG),
7. Leistungen auf Grund sonstiger Förderungsmaßnahmen (§§ 302, 303 LAG),
8. Entschädigung im Währungsausgleich für Sparguthaben Verriebener (§ 304 LAG),
9. Entschädigung nach dem Altsparengesetz nach Maßgabe des § 26.

§ 3

Beiträge der öffentlichen Haushalte an den Ausgleichsfonds

(1) In den Rechnungsjahren 1960 bis einschließlich 1978 leistet das Saarland an den Ausgleichsfonds einen Zuschuß in Höhe von 25 vom Hundert seines Aufkommens an Vermögensteuer im jeweiligen Rechnungsjahr.

(2) Sofern in den Rechnungsjahren 1960 bis einschließlich 1978 der Zuschuß nach Absatz 1 zusammen mit den Mitteln, die dem Ausgleichsfonds auf Grund des § 31 Abs. 2 zufließen, zur Deckung der Ausgaben im jeweiligen Rechnungsjahr nicht ausreicht, leistet das Saarland an den Ausgleichsfonds einen jährlichen Zuschuß in Höhe von zwei Dritteln der übersteigenden Ausgaben. Dieser Zuschuß beträgt jährlich höchstens 9,8 Millionen Deutsche Mark abzüglich des Betrags, der dem Ausgleichsfonds auf Grund des § 31 Abs. 2 im jeweiligen Rechnungsjahr zufließt. Der Bund leistet einen Zuschuß in Höhe des im jeweiligen Rechnungsjahr ungedeckten Teils der Ausgaben bis zum Höchstbetrag von 6,3 Millionen Deutsche Mark jährlich.

(3) Bei der Berechnung nach Absatz 2 werden als Ausgaben berücksichtigt

1. alle Ausgleichsleistungen außer Wohnraumhilfe, die von saarländischen Ausgleichsbehörden, bei Darlehen auf Grund der Bewilligung saarländischer Ausgleichsbehörden gezahlt werden,
2. Beträge, die auf Grund des § 11 Abs. 1 des Währungsausgleichsgesetzes zur Einlösung von Deckungsforderungen zugunsten saarländischer Geldinstitute vom Ausgleichsfonds geleistet werden,
3. die nach § 32 vom Ausgleichsfonds zu tragenden Aufwendungen mit Ausnahme derjenigen für Darlehen im Sinne des § 13,
4. die Kosten, die bei saarländischen Geldinstituten aus Anlaß der Gewährung von Ausgleichsleistungen entstehen und nach § 5 Abs. 2 Satz 3 erster Halbsatz des Lastenausgleichsgesetzes vom Ausgleichsfonds übernommen werden.

(4) Bund und Saarland leisten ferner an den Ausgleichsfonds einen jährlichen Zuschuß in Höhe der Aufwendungen für die Wohnraumhilfe im Saarland. Der Bund leistet ein Drittel, das Saarland zwei Drittel dieses Zuschusses.

(5) Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1960 und vom 1. Januar bis 31. März 1979 gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend; die Höchstbeträge in Absatz 2 sind jeweils mit einem Viertel anzusetzen.

(6) Im Verhältnis zum Saarland ist § 6 des Lastenausgleichsgesetzes nicht anzuwenden; bei der Anwendung dieser Vorschrift im übrigen Geltungsbereich des Lastenausgleichsgesetzes bleiben die in den Absätzen 1 bis 5 bezeichneten Einnahmen und Ausgaben außer Ansatz.

§ 4

Begriffsbestimmungen

(1) In diesem Gesetz werden bezeichnet

1. das Gesetz über die Gewährung einer Unterhaltshilfe an Vermögensgeschädigte (Unterhaltshilfe-Gesetz) vom 19. Juli 1950 (Amtsblatt des Saarlandes S. 885) und das Gesetz über die Gewährung einer Unterhaltshilfe an Vermögensgeschädigte (Unterhaltshilfe-Gesetz) vom 13. Juni 1952 (Amtsblatt des Saarlandes S. 666) als saarländisches Unterhaltshilfe-Gesetz,
2. der französische Franken als Franken.

(2) Umstellungsvorschriften im Sinne des § 245 Nr. 4 des Lastenausgleichsgesetzes sind die Vorschriften über die Umstellung von Reichsmark auf Deutsche Mark.

(3) Soweit in den Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes auf das jeweils anzuwendende Wohnungsbaugesetz oder auf das Zweite Wohnungsbaugesetz Bezug genommen ist, gilt für die Anwendung im Saarland an deren Stelle das Gesetz Nr. 696, Wohnungsbaugesetz für das Saarland, vom 17. Juli 1959 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1349).

§ 5

Währungsstichtag

Soweit in Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes und des Feststellungsgesetzes auf den Währungsstichtag oder den 21. Juni 1948 Bezug genommen ist, tritt für im Saarland belegenes Vermögen und für im Saarland entstandene Kriegssachschäden an deren Stelle der 20. November 1947.

ZWEITER ABSCHNITT

Schadensfeststellung

§ 6

**Nichtberücksichtigung
saarländischer Vorauszahlungen**

§ 8 Abs. 2 Nr. 4 des Feststellungsgesetzes gilt nicht für Entschädigungszahlungen, die auf Grund saarländischer Rechts- oder Verwaltungsvorschriften gewährt worden sind.

§ 7

Feststellung von Hausratverlusten

Kriegssachschäden an Hausrat, die bis zum 31. Juli 1945 im Saarland entstanden sind, sowie Vertreibungsschäden an Hausrat, wenn der Geschädigte bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes seinen ständigen Aufenthalt im Saarland genommen hat, werden nach den Vorschriften des Feststellungsgesetzes nur festgestellt

1. bei Kriegssachschäden an Hausrat, der unter den sonstigen Voraussetzungen des § 8 Abs. 1 Satz 3 des Feststellungsgesetzes aus dem übrigen Geltungsbereich des Lastenausgleichs-

gesetzes in das Saarland oder aus dem Saarland in Gebiete außerhalb des Geltungsbereichs des Lastenausgleichsgesetzes verlagert worden ist,

2. bei Vertreibungsschäden, wenn der Geschädigte die Voraussetzungen des § 230 des Lastenausgleichsgesetzes im Geltungsbereich des Lastenausgleichsgesetzes außerhalb des Saarlandes erfüllt hat oder wenn er nach mindestens einjährigem Aufenthalt in diesem Gebiet vor dem 31. Dezember 1952 seinen ständigen Aufenthalt im Saarland genommen hat,
3. bei Erben, die nach saarländischen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften zum Empfang von Vorauszahlungen für Hausratschäden nicht berechtigt waren.

§ 8

**Schadensberechnung bei Kriegssachschäden
an land- und forstwirtschaftlichem Vermögen,
Grundvermögen und Betriebsvermögen im Saarland**

(1) Bei der Berechnung von Kriegssachschäden an land- und forstwirtschaftlichem Vermögen und an Grundvermögen im Saarland nach § 13 Abs. 1 des Feststellungsgesetzes tritt an die Stelle des für den Währungsstichtag geltenden Einheitswertes der Reichsmarkbetrag, der dem für den 20. November 1947 geltenden Einheitswert zugrunde liegt. Durch Rechtsverordnung kann bestimmt werden, daß statt des Einheitswertes ein Sonderwert zugrunde zu legen ist, soweit dies wegen der vom übrigen Geltungsbereich des Grundgesetzes abweichenden Durchführung der Wertfortschreibung im Saarland zur Vermeidung von Härten erforderlich ist.

(2) Bei der Berechnung des Schadenshöchstbetrags für Kriegssachschäden an Betriebsvermögen im Saarland nach § 13 Abs. 4 des Feststellungsgesetzes ist der Endvergleichswert aus dem auf den 20. November 1947 festgestellten Einheitswert wie folgt zu ermitteln:

1. Betriebsgrundstücke sind mit dem nach Absatz 1 für den 20. November 1947 sich ergebenden Wert anzusetzen, Gewerbeberechtigungen mit dem Wert, der sich in entsprechender Anwendung des Absatzes 1 Satz 1 für den 20. November 1947 ergibt.
2. Die Wertansätze für die übrigen Wirtschaftsgüter sind umzurechnen
 - a) für Bargeld, für Forderungen und Verbindlichkeiten sowie für Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen, im Verhältnis von 60 Franken zu einer Reichsmark,
 - b) für Gegenstände des Vorratsvermögens im Verhältnis von 40 Franken zu einer Reichsmark,
 - c) für Gegenstände des Anlagevermögens im Verhältnis von 80 Franken zu einer Reichsmark.

§ 13 Abs. 6 des Feststellungsgesetzes findet keine Anwendung. Der Endvergleichswert ist jedoch auf Antrag um den Betrag zu kürzen, um den die ver-

anlagte Währungsbereicherungssteuer den dafür bei der Einheitswertfeststellung abgezogenen Betrag übersteigt. Dieser Betrag ist nach Nummer 2 Buchstabe a umzurechnen.

§ 9

Schadensberechnung bei Sparererschäden

(1) Ein Sparereschaden im Sinne des § 15 des Lastenausgleichsgesetzes ist auch dann anzuerkennen, wenn eine Sparanlage im Saarland

1. von Saarmark auf Franken im Verhältnis von einer Saarmark zu zwanzig Franken umgestellt worden ist oder
2. von Reichsmark auf Deutsche Mark umgestellt wird.

(2) Bei der Anwendung des § 240 Abs. 1 des Lastenausgleichsgesetzes sind Sparererschäden im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 mit zwei Dritteln des Saarmarknennbetrages des durch die Umstellung betroffenen Anspruchs, Sparererschäden an Sparanlagen im Sinne des Absatzes 1 Nr. 2 mit dem vollen Reichsmarknennbetrag anzusetzen.

§ 10

Frühere Feststellungen

§ 42 des Feststellungsgesetzes findet auch auf die Feststellungen Anwendung, die auf Grund saarländischer Rechts- oder Verwaltungsvorschriften getroffen worden sind.

DRITTER ABSCHNITT

Ausgleichsleistungen

ERSTER TITEL

Ergänzende Vorschriften zu den einzelnen Ausgleichsleistungen

§ 11

Kürzung des Grundbetrags der Hauptentschädigung

Die Ermächtigung in § 249 Abs. 5 Nr. 1 des Lastenausgleichsgesetzes gilt auch für die Bestimmungen über die Berechnung des im Saarland belegenen Vermögens.

§ 12

Anrechnung saarländischer Vorauszahlungen auf die Hauptentschädigung

(1) Auf den Anspruch auf Hauptentschädigung (§ 251 Abs. 1 des Lastenausgleichsgesetzes) sind die Vorauszahlungen anzurechnen, die auf Grund saarländischer Rechts- oder Verwaltungsvorschriften für Schäden im Sinne des Feststellungsgesetzes gewährt worden sind oder werden. Hierbei ist derjenige Teil der nach saarländischen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften für Hausratverluste gewährten Vorauszahlungen anzurechnen, der die Hausratentschädigung, die sich im Einzelfall ohne Anwendung des § 8 Abs. 2 Nr. 1 des Feststellungsgesetzes nach dem Lastenausgleichsgesetz ergeben würde, übersteigt; Vorauszahlungen für Hausratverluste von Ehegatten, die zur Zeit der Schädigung in einem gemeinsamen Haushalt gelebt haben, sind bei beiden Ehegatten zu berücksichtigen, es sei denn, daß die

Hausratentschädigung auf Grund des § 2 des saarländischen Gesetzes Nr. 473 betreffend Zahlung von Entschädigungsbeträgen für Kriegssachschäden, die Ehegatten an Hausrat entstanden sind, vom 19. Juli 1955 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1226), getrennt ausgezahlt wurden. Eine Anrechnung von Vorauszahlungen für Hausratverluste unterbleibt insoweit, als sich hiernach ein Auszahlungsbetrag ergeben würde, der ein Drittel des Endgrundbetrags der Hauptentschädigung abzüglich früher geleisteter Vorauszahlungen für andere Schäden als Hausratverluste unterschreitet.

(2) Die Anrechnung von Vorauszahlungen auf den Anspruch auf Hauptentschädigung beim Zusammentreffen mit Unterhaltshilfe nach dem saarländischen Unterhaltshilfe-Gesetz, Kriegsschadenrente oder Darlehen im Sinne des § 13 sowie in Erbfällen wird durch Rechtsverordnung geregelt; dabei gilt folgendes:

1. Sind Vorauszahlungen vor oder während der Gewährung von Unterhaltshilfe nach dem saarländischen Unterhaltshilfe-Gesetz gewährt worden, sind sie bei der Überleitung nach § 27 nach den Vorschriften über die Mindest erfüllungsbeträge (§ 278 a Abs. 4 Satz 1 des Lastenausgleichsgesetzes) zu behandeln; für die Gewährung einer höheren Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz und von Entschädigungsrente neben Unterhaltshilfe sind § 278 a Abs. 5 und § 283 a Abs. 1 Nr. 4 des Lastenausgleichsgesetzes entsprechend anzuwenden. Ist Unterhaltshilfe nach dem saarländischen Unterhaltshilfe-Gesetz nicht gewährt worden, gelten Vorauszahlungen bei späterer Zuerkennung von Kriegsschadenrente nach dem Lastenausgleichsgesetz als teilweise Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung.
2. Sind Vorauszahlungen nach einem Darlehen im Sinne des § 13 gewährt worden, ist die Anrechnung des Darlehens so zu regeln, daß die volle Anrechnung der Vorauszahlungen gewährleistet ist.
3. In Erbfällen kann der Grundsatz des § 18 Abs. 1 zweiter Halbsatz angewandt und bestimmt werden, daß Vorauszahlungen auch auf mehrere Hauptentschädigungsansprüche eines Berechtigten aus eigenen Schäden oder Schäden von Erblassern anzurechnen sind.

§ 13

Verhältnis von saarländischen Aufbaudarlehen zur Hauptentschädigung

Nach Maßgabe des § 258 des Lastenausgleichsgesetzes werden auf den Anspruch auf Hauptentschädigung auch Darlehen angerechnet, die nach den folgenden saarländischen Verwaltungsvorschriften einschließlich der dazu ergangenen ergänzenden Bestimmungen gewährt worden sind:

1. Erlaß über die Verwendung der im außerordentlichen Haushalt für das Rechnungsjahr 1949 ausgebrachten Haushaltsmittel zur Gewährung

von Darlehen für die Instandsetzung und den Wiederaufbau von privaten Wohngebäuden und landwirtschaftlichen Anwesen vom 9. Februar 1949 (Amtsblatt des Saarlandes S. 338) mit den Änderungen vom 28. Mai 1956 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1059) und vom 30. April 1958 (Amtsblatt des Saarlandes S. 503),

2. Erlaß über die Gewährung von Darlehen für den Wiederaufbau von kriegszerstörten Wohngebäuden durch Aufbaugemeinschaften vom 5. Mai 1952 (Amtsblatt des Saarlandes S. 545) mit den Änderungen vom 24. November 1954 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1544),

3. Richtlinien über die Gewährung von staatlichen Mitteln an saarländische Binnenschiffer vom 14. August 1957 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1214).

§ 14

Berücksichtigung von Einkünften bei der Kriegsschadenrente

Soweit in § 267 Abs. 2 des Lastenausgleichsgesetzes auf das Bundesversorgungsgesetz Bezug genommen ist, umfaßt diese Bezugnahme auch die im Saarland geltenden entsprechenden Vorschriften. Bei der Anwendung des § 267 Abs. 2 Nr. 2 Buchstaben a und c des Lastenausgleichsgesetzes auf Renten nach saarländischem Recht ist von den Sätzen der Grundrente oder Elternrente auszugehen, die sich nach dem Bundesversorgungsgesetz ergeben würden.

§ 15

Verhältnis der saarländischen Unterhaltshilfe zur Hauptentschädigung

Bei Anwendung des § 278a des Lastenausgleichsgesetzes werden die nach dem saarländischen Unterhaltshilfe-Gesetz für Zeiträume bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geleisteten Zahlungen ohne Mietbeihilfe mit 30 vom Hundert auf den Grundbetrag der Hauptentschädigung angerechnet.

§ 16

Erstattung saarländischer Unterhaltshilfe

§ 290 des Lastenausgleichsgesetzes ist auch auf Unterhaltshilfe nach dem saarländischen Unterhaltshilfe-Gesetz anzuwenden.

§ 17

Verhältnis der Kriegsschadenrente zu saarländischen Aufbaudarlehen

§ 291 des Lastenausgleichsgesetzes gilt auch für Darlehen im Sinne des § 13.

§ 18

Hausratentschädigung

(1) Bei der Anwendung des § 296 des Lastenausgleichsgesetzes sind auch die Vorauszahlungen zu berücksichtigen, die auf Grund saarländischer Rechts- oder Verwaltungsvorschriften gewährt wor-

den sind; im Falle des § 7 Nr. 3 bleiben Vorauszahlungen an solche Erben außer Betracht, die nach saarländischen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften zum Empfang von Vorauszahlungen für Hausratsschäden berechtigt waren.

(2) Verluste an Hausrat, die nach § 7 nicht festgestellt werden, sind durch die nach saarländischen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften für Hausratverluste gewährten Leistungen abgegolten.

§ 19

Ausgleichsämter

Abweichend von § 308 Abs. 1 des Lastenausgleichsgesetzes kann im Saarland für mehrere Landkreise oder Stadt- und Landkreise ein Ausgleichsamt eingerichtet werden. In diesem Falle gilt § 310 Abs. 3 Halbsatz 2 des Lastenausgleichsgesetzes entsprechend.

§ 20

Sondervorschriften für die Verwendung von Mitteln

(1) Die für die Gewährung von Aufbaudarlehen im Saarland bereitzustellenden Mittel bleiben bei den in § 323 Abs. 1 des Lastenausgleichsgesetzes bestimmten Höchstbeträgen außer Ansatz.

(2) Für Zwecke der Wohnraumhilfe im Saarland sind Mittel in Höhe von einem Fünftel des Betrags bereitzustellen, der für das jeweilige Rechnungsjahr nach § 323 Abs. 2 des Lastenausgleichsgesetzes für die übrigen Länder bereitzustellen ist; die Mittel werden dem Saarland darlehnsweise zur Verfügung gestellt. Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1960 gilt Satz 1 mit der Maßgabe, daß nur ein Viertel des Betrags bereitzustellen ist. § 323 Abs. 2 Satz 5 des Lastenausgleichsgesetzes gilt entsprechend.

(3) Für die Gewährung von Arbeitsplatzdarlehen im Saarland können Mittel bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1965 bereitgestellt werden.

§ 21

Wiederaufnahme von Verfahren über Leistungen nach saarländischen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften

§§ 342 und 343 Abs. 4 des Lastenausgleichsgesetzes sind auch auf Verfahren über Leistungen anzuwenden, die nach saarländischen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften gewährt worden und den Ausgleichsleistungen vergleichbar sind.

§ 22

Erstattung und Verrechnung von Leistungen nach saarländischen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften

§ 350a des Lastenausgleichsgesetzes ist auch auf die nach saarländischen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften gewährten Leistungen anzuwenden, die den Ausgleichsleistungen vergleichbar sind.

§ 23

Ausschließung von Ausgleichsleistungen

Bei Anwendung des § 360 des Lastenausgleichsgesetzes gelten als Ausgleichsleistungen auch die nach saarländischen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften gewährten vergleichbaren Leistungen.

§ 24

Umrechnung von Franken in Deutsche Mark

Bei der Anwendung der §§ 12, 13, 15, 16, 18 Abs. 1 und des § 22 sind Zahlungen in Franken mit dem aus der Anlage ersichtlichen, am Tage der jeweiligen Zahlung geltenden Umrechnungssatz in Deutsche Mark umzurechnen.

§ 25

Ausschluß der Entschädigungsberechtigung nach dem Währungsausgleichsgesetz

Bei Anwendung des § 1 Abs. 4 des Währungsausgleichsgesetzes wird Entschädigung auch aus solchen Spareinlagen nicht gewährt, die im Saarland auf Franken umgestellt worden sind oder umstellungsfähig waren.

§ 26

Anwendung von Vorschriften des Altspargesetzes

Die Vorschriften des Altspargesetzes gelten im Saarland, soweit sie sich auf ablösbare Kapitalansprüche im Sinne des § 2b Abs. 1 Nr. 1 des Altspargesetzes beziehen, und soweit Kreditinstitute im Saarland als Anmeldestellen im Sinne des § 42 Abs. 1 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes tätig werden. Im Falle des § 2b Abs. 2 Satz 2 des Altspargesetzes gelten dessen Vorschriften im Saarland auch dann, wenn Kreditinstitute im Saarland die ablösbaren Kapitalansprüche am 20. Juni 1948 verwahrt oder verwaltet haben.

ZWEITER TITEL

Übergangsvorschriften

§ 27

Überleitung der saarländischen Unterhaltshilfe

(1) An Personen, die über den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes hinaus Unterhaltshilfe nach dem saarländischen Unterhaltshilfe-Gesetz hätten beziehen können, wird Unterhaltshilfe auf Lebenszeit nach Maßgabe des Lastenausgleichsgesetzes gewährt, an Vollwaisen jedoch Unterhaltshilfe auf Zeit bis zur Vollendung des 18. oder, wenn sie noch in Ausbildung stehen, des 25. Lebensjahres. An Sowjetzonenflüchtlinge im Sinne des § 3 des Bundesvertriebenengesetzes und diesen nach § 4 des Bundesvertriebenengesetzes gleichgestellte Personen, deren Vermögensschäden in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin entstanden sind, wird an Stelle der bisherigen Unterhaltshilfe Beihilfe zum Lebensunterhalt nach den §§ 301, 301a des Lastenausgleichsgesetzes gewährt. Wurde Unterhaltshilfe wegen eines Vermögensschadens bezogen, der durch Maß-

nahmen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entstanden ist, wird Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz nur so lange gewährt, als Entschädigungsleistungen auf Grund der Wiedergutmachungsgesetzgebung nicht gewährt werden können.

(2) In den in Absatz 1 bezeichneten Fällen wird die Unterhaltshilfe oder die Beihilfe zum Lebensunterhalt nach dem Lastenausgleichsgesetz vom 1. Januar 1960 ab gewährt, frühestens jedoch von dem Zeitpunkt ab, von dem ab Unterhaltshilfe nach dem saarländischen Unterhaltshilfe-Gesetz gewährt worden ist oder nach § 30 gewährt wird; die für den gleichen Zeitraum nach dem saarländischen Unterhaltshilfe-Gesetz bewirkten Leistungen einschließlich des Mietzuschlags sind anzurechnen. Solange der Berechtigte seinen ständigen Aufenthalt im Saarland hat und nicht erstmalig Kriegsschadenrente oder Beihilfe zum Lebensunterhalt nach dem Lastenausgleichsgesetz mit einem höheren Betrag zu zahlen ist, wird die Unterhaltshilfe oder die Beihilfe zum Lebensunterhalt in derjenigen Höhe, die sich bei Weitergeltung des saarländischen Rechts ohne Mietzuschlag ergeben würde, weitergewährt; Entsprechendes gilt, wenn nach saarländischem Recht an Stelle der Unterhaltshilfe der notwendige Lebensbedarf in einem Heim gewährt worden ist. In den Fällen des Satzes 2 werden diejenigen Beträge, welche die Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz übersteigen, nach den für die Entschädigungsrente geltenden Grundsätzen auf die Hauptentschädigung angerechnet.

(3) In den in Absatz 1 bezeichneten Fällen wird für Todesfälle nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes Sterbegeld nach § 277 des Lastenausgleichsgesetzes mit der Maßgabe gewährt, daß ein Beitrag zu den entstehenden Kosten nicht erhoben wird, solange die Unterhaltshilfe in der in Absatz 2 Satz 2 bezeichneten Höhe weiterzugewährt ist; tritt eine Beitragspflicht ein, kann der Berechtigte innerhalb eines Jahres nach Rechtskraft des Bescheides über die Änderung der Unterhaltshilfe erklären, daß er die Sterbevorsorge nicht aufrechterhalten will.

§ 28

Übergangsregelung bei der Kriegsschadenrente

(1) An Personen, die erst auf Grund dieses Gesetzes Kriegsschadenrente beantragen können, wird bei Antragstellung bis zum 31. Dezember 1960 Kriegsschadenrente mit Wirkung vom 1. Januar 1960 ab gewährt, frühestens jedoch von dem Ersten des Monats ab, in dem die Voraussetzungen für die Gewährung von Kriegsschadenrente eingetreten sind.

(2) Von Personen, die erst auf Grund dieses Gesetzes Kriegsschadenrente beantragen können, kann Antrag auf Kriegsschadenrente wegen Erwerbsunfähigkeit nach § 265 des Lastenausgleichsgesetzes bis zum 31. Dezember 1960 gestellt werden.

§ 29

Überleitung der Behördenorganisation im Saarland

(1) Der saarländische Minister des Innern nimmt bis zur Bildung des Landesausgleichsamtes dessen Geschäfte wahr.

(2) Ausgleichsämter sind die bei den Stadt- und Landkreisen bestehenden Feststellungsbehörden. Bis zur Bildung von Ausgleichsausschüssen werden deren Geschäfte durch die bei den Stadt- und Landkreisen bestehenden Rechtsausschüsse wahrgenommen.

(3) Bis zur Bildung von Beschwerdeausschüssen werden deren Geschäfte durch den nach § 15 des saarländischen Unterhaltshilfe-Gesetzes gebildeten Beschwerdeausschuß wahrgenommen.

(4) Die Vertreter des Staatsinteresses nach Nummer 9 der Richtlinien für das Beweissicherungsverfahren im Saarland vom 28. August 1948 (Amtsblatt des Saarlandes 1949 S. 108) nehmen bis zur Bestellung der Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds deren Aufgaben wahr.

§ 30

Überleitung anhängiger Verfahren

(1) Für die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes anhängigen Verfahren über Unterhaltshilfe nach dem saarländischen Unterhaltshilfe-Gesetz gilt folgendes:

1. Anträge auf Gewährung von Unterhaltshilfe werden, wenn noch kein Vorbescheid erteilt ist, nach den Verfahrensvorschriften des Lastenausgleichsgesetzes weiterbehandelt. Ist ein Vorbescheid bereits erteilt, so entscheidet über einen Einspruch, sofern durch das Ausgleichsamt nicht abgeholfen wird, der Ausgleichsausschuß.
2. Die bei dem Beschwerdeausschuß anhängigen Verfahren werden auf die Beschwerdeausschüsse nach dem Lastenausgleichsgesetz übergeleitet; das gilt auch für Beschwerden, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eingelegt werden, sofern der angefochtene Bescheid bereits vor diesem Zeitpunkt ergangen ist.
3. Die bei dem Oberverwaltungsgericht anhängigen Rechtsbeschwerden werden als Anfechtungsklagen nach dem Lastenausgleichsgesetz auf das Verwaltungsgericht übergeleitet. Dies gilt auch für Rechtsbeschwerden, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eingelegt werden, sofern die angefochtene Entscheidung des Beschwerdeausschusses bereits vor diesem Zeitpunkt ergangen ist.

Für das weitere Verfahren gelten die Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes.

(2) Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes nach saarländischen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften anhängigen oder nach diesem Zeitpunkt noch anhängig werdenden Beweissicherungsverfahren für Hausratverluste und Verfahren über die Gewährung von Vorauszahlungen für Hausratverluste werden nach den bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden saarländischen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften durchgeführt; die Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds sind nach Maßgabe des § 322 des Lastenausgleichsgesetzes an den Verfahren beteiligt.

(3) Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes nach saarländischen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften bei den Feststellungsbehörden anhängigen Beweissicherungsverfahren und Verfahren über die Gewährung von Vorauszahlungen für Verluste an anderen Wirtschaftsgütern als Hausrat werden nach entsprechender Antragstellung als Verfahren über Schadensfeststellung und Zuerkennung der Hauptentschädigung weitergeführt. Die bei den Verwaltungsgerichten anhängigen Verfahren im Sinne des Satzes 1 werden eingestellt; Gerichtskosten werden nicht erhoben, außergerichtliche Kosten gegeneinander aufgehoben.

(4) Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes anhängigen Verfahren über Darlehen im Sinne des § 13 werden nach entsprechender Antragstellung als Verfahren über Aufbaudarlehen weitergeführt.

§ 31

Überleitung saarländischer Mittel auf den Ausgleichsfonds

(1) Soweit die Mittel, die dem Saarland aus der Gemeinschaftshilfeabgabe zufließen, bis zum 31. Dezember 1959 noch nicht für Zwecke der Kriegsschädenregelung ausgegeben waren, sind sie dem Ausgleichsfonds zuzuführen; dies gilt auch für die Beträge, die aus der Gemeinschaftshilfeabgabe nach diesem Zeitpunkt aufgekomen sind oder aufkommen.

(2) Die Ansprüche aus den nach saarländischen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften gewährten Darlehen im Sinne des § 13 sowie Rückforderungsansprüche aus Leistungen, die aus Mitteln der Gemeinschaftshilfeabgabe gewährt worden sind, gehen mit Wirkung vom 1. Januar 1960 ab auf den Ausgleichsfonds über.

§ 32

Überleitung nach saarländischem Recht begründeter Verpflichtungen auf den Ausgleichsfonds

(1) Ansprüche auf Unterhaltshilfe nach dem saarländischen Unterhaltshilfe-Gesetz werden vom 1. Januar 1960 ab aus dem Ausgleichsfonds erfüllt.

(2) Die nach § 30 Abs. 2 abzuwickelnden Leistungen für Hausratverluste werden vom 1. Januar 1960 ab aus dem Ausgleichsfonds insoweit erfüllt, als sie auf saarländischen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften beruhen, die vor dem 5. Juli 1959 ergangen sind. Das gleiche gilt für

1. bis zum 31. Dezember 1959 durch Bescheid begründete Ansprüche auf Darlehen im Sinne des § 13,
2. bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes durch Bescheid begründete Ansprüche auf andere Leistungen aus Mitteln der Gemeinschaftshilfeabgabe; bei Bescheiden, die nach dem 31. Dezember 1959 ergangen sind, gilt dies jedoch nur insoweit, als sie den Leistungen des Lastenausgleichsgesetzes entsprechen.

Die Abwicklung der hiernach nicht vom Ausgleichsfonds zu übernehmenden Leistungen bestimmt das Landesrecht.

7. § 107 Abs. 1 des Gesetzes über die Einführung des deutschen Rechts auf dem Gebiet der Steuern, Zölle und Finanzmonopole im Saarland vom 30. Juni 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 339).

§ 39

Anwendung in Berlin

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes

vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 40

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 30. Juli 1960

Der Bundespräsident
Lübke

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Verkehr
Seebohm

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Für den Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte
Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen
Lemmer

Anlage umstehend

Anlage
(zu § 24)

Zahlungszeitraum			Umrechnungssatz für 100 Franken
21. Juni	1948	bis 31. Dezember 1948	1,27 Deutsche Mark
1. Januar	1949	bis 18. September 1949	1,23 Deutsche Mark
19. September	1949	bis 31. Dezember 1952	1,20 Deutsche Mark
1. Januar	1953	bis 31. Dezember 1953	1,1965 Deutsche Mark
1. Januar	1954	bis 31. Dezember 1954	1,1956 Deutsche Mark
1. Januar	1955	bis 31. Dezember 1955	1,2003 Deutsche Mark
1. Januar	1956	bis 31. Dezember 1956	1,1913 Deutsche Mark
1. Januar	1957	bis 11. August 1957	1,1911 Deutsche Mark
12. August	1957	bis 31. Dezember 1957	0,9971 Deutsche Mark
1. Januar	1958	bis 24. Dezember 1958	0,9949 Deutsche Mark
25. Dezember	1958	bis 31. Dezember 1958	0,8522 Deutsche Mark
ab 1. Januar	1959		0,8526 Deutsche Mark

Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen vom 30. Januar 1950 (Bundesgesetzbl. S. 23) wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

Bezeichnung der Verordnung	Verkündet im Bundesanzeiger Nr.	vom	Tag des Inkraft- tretens
Verordnung zur Aufhebung des § 59 Satz 2 der Grundbuch- verfügung Vom 27. Juli 1960	145	30. 7. 60	30. 7. 60
Verordnung M Nr. 1/60 über Preise für inländischen Raps und Rüben Vom 28. Juli 1960	145	30. 7. 60	31. 7. 60
Verordnung über Einlaßstellen für Fleisch und Auslandsfleisch- beschaustellen Vom 1. August 1960	147	3. 8. 60	3. 9. 60

Sammlung des Bundesrechts, Bundesgesetzblatt Teil III

Bisher erschienen:

Folge 1: Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 1. Lieferung
30 Gerichtsverfassung und Berufsrecht der Rechtspflege —
300 Gerichtsverfassung — 301 Richter — 302 Entlastung
der Gerichte, Rechtspfleger. (44 Seiten; Einzelbezug
1,54 DM zuzüglich 0,15 DM Versandgebühren.)

Folge 2: Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 2. Lieferung
31 Verfahren vor den ordentlichen Gerichten — 310 Zivil-
prozeß, Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung —
311 Vergleich, Konkurs, Einzelgläubigeranfechtung (206
Seiten; Einzelbezug 7,21 DM zuzüglich 0,25 DM Versand-
gebühren.)

Folge 3: Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 3. Lieferung
31 Verfahren vor den ordentlichen Gerichten — 312 Straf-
verfahren, Strafvollzug, Strafregifter — 313 Haftenschä-
digungen, Gnadenrecht — 314 Auslieferung und Durch-
führung. (112 Seiten; Einzelbezug 3,92 DM zuzüglich
0,15 DM Versandgebühren.)

Folge 4: Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 4. Lieferung
31 Verfahren vor den ordentlichen Gerichten — 315 Frei-
willige Gerichtsbarkeit — 316 Verfahren bei Freiheits-
entziehungen — 317 Verfahren in Landwirtschaftssachen
— 318 Beglaubigung öffentlicher Urkunden (80 Seiten;
Einzelbezug 2,80 DM zuzüglich 0,15 DM Versandgebühren.)

Folge 5: Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 6. Lieferung
36 Kostenrecht — 360 Gerichtskosten gesetz — 361 Kosten-
ordnung — 362 Kosten der Gerichtsvollzieher — 363
Kosten im Bereich der Justizverwaltung — 364 Gebühren-
befreiungen — 365 Justizbeitreibungsordnung — 366 Ent-
schädigung der ehrenamtlichen Beisitzer bei den Gerich-
ten — 367 Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen
— 368 Gebührenordnung für Rechtsanwälte — 369
Gebühren und Auslagen von Rechtsbeiständen (108 Sei-
ten; Einzelbezug 3,71 DM zuzüglich 0,15 DM Versand-
gebühren.)

Folge 6: Sachgebiet 1 (Staats- und Verfassungsrecht) —
Einziges Lieferung
10 Verfassungsrecht — 11 Staatliche Organisation —
12 Verfassungsschutz — 13 Bundesgrenzschutz. (256 Sei-
ten; Einzelbezug 8,96 DM zuzüglich 0,50 DM Versand-
gebühren.)

Folge 7: Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 13. Lieferung
23 Raumordnung, Bodenverteilung, Wohnungsbau-, Sied-
lungs- und Heimstättenwesen, Wohnraumbewirtschaftung,
Kleingartenwesen, Grundstücksverkehrsrecht (außer land-
und forstwirtschaftlichem Grundstücksverkehrsrecht). (196
Seiten; Einzelbezug 6,86 DM zuzüglich 0,35 DM Versand-
gebühren.)

Folge 8: Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 2. Lieferung
20 Allgemeine innere Verwaltung — 203 Recht der im
Dienst des Bundes und der bundesunmittelbaren Körper-
schaften des öffentlichen Rechts stehenden Personen —
2030 Beamte — 2031 Disziplinarrecht. (164 Seiten; Einzel-
bezug 5,74 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)

Folge 9: Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 14. Lieferung
24 Vertriebene, Flüchtlinge, Evakuierte, politische Häft-
linge und Vermißte. (60 Seiten; Einzelbezug 2,10 DM
zuzüglich 0,25 DM Versandgebühren.)

Folge 10: Sachgebiet 4 (Zivilrecht und Strafrecht) —
4. Lieferung
41 Handelsrecht — 410 Allgemeines Handelsrecht. (128
Seiten; Einzelbezug 4,48 DM zuzüglich 0,35 DM Versand-
gebühren.)

Folge 11: Sachgebiet 4 (Zivilrecht und Strafrecht) —
9. Lieferung
42 Gewerblicher Rechtsschutz — 420 Patentrecht — 421
Gebrauchsmusterrecht — 422 Recht der Arbeitnehmer-
erfindungen — 423 Warenzeichenrecht — 424 Gemeinsame
Rechtsvorschriften — 43 Vorschriften gegen den un-
lauteren Wettbewerb — 44 Urheberrecht — 440 Urheber-
rechtliche Vorschriften — 441 Verlagsrecht — 442 Ge-
schmacksmusterrecht — Anhang 01-42. 01-43. 01-44 Mehr-
seitige Verträge. (220 Seiten; Einzelbezug 7,70 DM
zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)

Folge 12: Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 1. Lieferung
20 Allgemeine innere Verwaltung — 200 Behördenaufbau
— 201 Verwaltungsverfahren und -zwangsverfahren —
202 Verwaltungsgebühren. (20 Seiten; Einzelbezug 0,70 DM
zuzüglich 0,20 DM Versandgebühren.)

Folge 13: Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 5. Lieferung
21 Besondere Verwaltungszweige der inneren Verwal-
tung — 210 Paß-, Ausweis- und Meldewesen — 211 Per-
sonenstandswesen. (40 Seiten; Einzelbezug 1,40 DM zu-
züglich 0,20 DM Versandgebühren.)

Bestellungen sind zu richten an:

Sammlung des Bundesrechts
Bundesgesetzblatt Teil III, Köln 1, Postfach.

Die Sammlung kann im Abonnement nur für alle Sachgebiete bezogen werden. Der Preis beträgt 5 Pf pro geliefertes Blatt im Format DIN A 4 einschl. Umschlag und Versandkosten. Eine Abonnementsbestellung bei der Post ist nicht möglich. Rechnungserteilung erfolgt postnumerando durch den Verlag nach dem Umfang der gelieferten Hefte.

Hefte einzelner Sachgebiete können bezogen werden zum Preise von 7 Pf pro Blatt einschl. Umschlag zuzüglich Versandkosten gegen Voreinsendung des entsprechenden Betrages auf Postscheckkonto Köln 11 28 „Sammlung des Bundesrechts, Bundesgesetzblatt Teil III“ oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausberechnung.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H., Bonn/Köln. — Druck: Bundesdruckerei. Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. In Teil III wird das als forigeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über die Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Bezugsbedingungen für Teil III durch den Verlag. Bezugsbedingungen für Teil I und II: Laufender Bezug nur durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich für Teil I und Teil II je DM 5,— zuzüglich Zustellgebühr. Einzelsücke je angefangene 24 Seiten DM 0,40 gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung. Preis dieser Ausgabe DM 0,40 zuzüglich Versandgebühr DM 0,10.